

# unruhestand

Ausgabe 1. Halbjahr 2026



Foto: Monika Dahl

Gewerkschaftstag 2026

Gemeinschaftlich wohnen – ein Modell mit Zukunft

40 Jahre Schulbesetzung an der Gesamtschule Bonn-Beuel

Wissenswertes zur Pflegeversicherung

[gew-nrw.de](http://gew-nrw.de)

# Vorstellung unseres neuen Leitungsteams

## **Bernd Bretthauer-Aue**

Ich war lange Zeit Gesamtschullehrer und im Bezirkspersonalrat und im Stadtverband Bielefeld engagiert. Seit 6 Jahren bin ich Rentner und bemühe mich Familie, Gewerkschaft, Politik und – last not least – Fitness unter einen Hut zu bringen. In meiner „aktiven“ Zeit habe ich mich besonders für die Interessen der angestellten Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Im Ausschuss möchte ich dazu beitragen, dass Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand ein möglichst aktives politisches und kulturelles Leben führen können und in der GEW gut aufgehoben sind.



## **Cornelia, Conny, Pätzelt**

Ich war zunächst an einer Hauptschule später an einer Gesamtschule im Kreis Gütersloh tätig. Die Arbeit der GEW habe ich im BPR GE, SekS, Primar- und Laborschule im Bezirk Detmold, im Leitungsteam des KV Gütersloh und in der Tarifpolitik in OWL unterstützt. Seit meinem Rentenbeginn 2024 bin ich Mitglied im Ausschuss für Ruheständler\*innen. Wir fördern den generationenübergreifenden Austausch im Übergang in den Ruhestand und informieren über sozialpolitische Themen in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Besonders wichtig ist mir der Diskurs mit der Jungen GEW.



## **Fritz Junkers.**

Ich bin seit 1974 Mitglied der GEW und war Lehrer an einem Duisburger Gymnasium. Seit meiner Pensionierung arbeite ich im Ausschuss für Ruheständler\*innen und bin dort zuständig für unsere Zeitschrift „unruhestand“, die zweimal im Jahr der „lautstark.“ beiliegt und mittlerweile an alle GEW Mitglieder ab 63 Jahre geht. Wir wollen damit deutlich machen, dass die GEW ihre Mitglieder auch in den letzten Jahren ihrer Berufstätigkeit, beim Übergang in die nachberufliche Phase und darüber hinaus beratend und helfend begleitet und ihre Interessen sichtbar und wahrnehmbar vertritt.



*Das neugewählte Leitungsteam dankt Annegret und Franz auch im Namen aller Ausschussmitglieder für ihr Engagement für die Belange der Ruheständler\*innen der GEW NRW.*

*Vor allem Annegret hat mit ihrer Organisation und Durchführung der jährlichen Seminare im März, den jährlichen Obleutetagen im Oktober und den alle zwei Jahre stattgefundenen Landessenior\*innentagen im Landesverband unvergessliche Spuren hinterlassen, an denen wir dankbar anknüpfen werden.*

*Bernd Bretthauer-Aue, Fritz Junkers, Conny Pätzelt*

# Konstruktiver Austausch – 2. Runde

Nach dem Austausch im Frühsommer 2023 trafen sich am Samstag, den 28. Februar, wieder Mitglieder beider Gruppen in Essen im Jugendraum des Gewerkschaftshauses.

Schön, dass wir diesen Raum nutzen konnten, denn sowohl in der Landesgeschäftsstelle der GEW als auch im DGB – Haus fanden wir wegen weiterer Veranstaltungen keinen Platz.

Nun hatten wir einen Raum für unsere Sitzung und schon kam das nächste Problem: Streik im öffentlichen Nahverkehr!

Doch dies war kein Grund für die angemeldeten Teilnehmer\*innen, nicht zu kommen. Nach Kaffee, Tee und leckeren Snacks und der Vorstellungsrunde stiegen wir in die Tagesordnung ein.

Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen waren ernüchternd, was einerseits an der geringen Streikkraft der GEW und andererseits an den Befürchtungen von Tarifbeschäftigten lag, für Beamte streiken zu wollen; Beamte sollten sich verstärkt solidarisieren.

Inklusion in den Schulen war unser nächster Besprechungspunkt. Fehlende Ressourcen, zu große Gruppen, schlecht ausgestattete Schulen können dem Anspruch auf lebenslange Inklusion nicht gerecht werden. Nach dem Abschluss der Schule klaffen Lücken und viele Betroffene fallen durchs Raster. Diese Situation ist sowohl für Betroffene, deren Eltern und Lehrer\*innen unbefriedigend. In geplanten Studiengängen soll ein sonderpädagogischer Anteil für alle Studierende enthalten sein.

Generationenkonflikte am Arbeitsplatz stehen nicht im Vordergrund. Neiddebatten zwischen Schulformen und unterschiedliche Bezahlung sind jedoch ein Problem.

Die Junge GEW beschäftigt sich mit folgenden Problemen: Nachwuchs generieren; Wehrpflicht; Ausbildungsreform; Vernetzung innerhalb und außerhalb der GEW; Transparenz der GEW Strukturen für neue Interessenten; Einsamkeit

Bei Gewerkschaftstagen sollte die 1+1 Regelung greifen (ein älteres Mitglied nimmt ein jüngeres Mitglied mit).

Bei den Ruheständler\*innen sind folgende Themen relevant: Wertschätzung der Arbeit; angemessene Vertretung in den Gremien (Gewerkschaftstage); altersbezogene Themen; Einsamkeit

### Ergebnis unserer Tagung:

Junge GEW und Ruheständler\*innen wollen weiterhin gemeinsame Treffen durchführen. In der Zeitschrift „unruhestand“ sind auch Texte der jungen GEW willkommen. Zum Thema Einsamkeit wird eine Veranstaltung geplant. Auf dem Gewerkschaftstag in Essen soll eine kurze gemeinsame Aktion stattfinden.

*Annegret Caspers, Essen*



Abbildung: AdobeStock



## Von „Enkeltricks“ und „KI“ Verwirrung



Der Ausschuss für Ruheständler\*innen hatte wie jedes Jahr im März zu seinem Seminar ‚Grundsätze der Altenpolitik‘ eingeladen, dieses Mal ging es nach Neuss.

20 Teilnehmende konnte Annegret Caspers begrüßen, die aus unterschiedlichen Gliederungen zusammenkamen, um sich mit der Frage, kann künstliche Intelligenz das Leben erleichtern, auseinandersetzen, sich über die Aufgaben der Senior\*innenvertretung in NRW informierten und überlegten, ob sie auch auf Enkeltricks reinfallen könnten.

Der Antrag des Ausschusses auf Umbenennung in ‚Ausschuss 60+‘, der auf dem Gewerkschaftstag in Essen beschlossen werden sollte, und die damit verbundenen neuen Elemente der gewerkschaftlichen Arbeit im Ausschuss wurden diskutiert. Die Änderung des Namens stieß auf Zustimmung, da es keinen starren Zeitpunkt mehr für einen Eintritt in den Ruhestand gibt, er spricht also für einen flexibleren Übergang in die nachberufliche Phase. Diesen Übergang zu begleiten, Angebote zu entwickeln und dadurch auch möglichen Austritten aus der GEW aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu entgegen, wird u.a. die Aufgabe des Ausschusses sein.

Als Beispiele für eine wirkungsvolle Arbeit vor Ort wurden u.a. genannt: Angebote zum Thema ‚Wohnen im Alter‘, ‚Arbeit gegen Rechts‘, kulturelle Angebote, Wanderungen, Stammtische, aber auch Themen, die aus dem unmittelbaren Umfeld kommen, z.B. Woher kommt unser Wasser?

Dafür ist es wichtig, dass in den Gliederungen Obleute für den Ausschuss benannt/gewählt werden, deren Namen auch an den Landesausschuss weiter geleitet werden. Die Arbeit vor Ort ist wichtig für die Landesarbeit, sie kann wichtige Impulse geben und vor allem die Mitglieder binden. Dabei ist es wichtig, niedrigschwellige Strukturen zu haben, man muss nicht unbedingt ein Vorstandsamt besetzen, aber es müssen finanzielle Mittel für diese Arbeit vor Ort bereit gestellt werden.

Neben den Präsenzveranstaltungen sollte auch überlegt werden, inwieweit man digital tagen kann, sofern das Thema das anbietet. Das ist gerade in ländlichen Bereichen wichtig, um viele Mitglieder zu erreichen.

Angeregt wurde auch, dass Veranstaltungen rundum in verschiedenen Orten angeboten werden und dass es eine Plattform zum Austausch aller an und in der Senior\*innenpolitik interessierten/engagierten Menschen vor Ort gibt.

Neben den zahlreichen Informationen kam der Austausch zwischen den Teilnehmenden nicht zu kurz, das Bistro des Hotels lud zum Zusammensitzen bei Bier, Wein oder anderen Getränken ein, auch ein wichtiger Baustein dieser Seminare.

Im nächsten Jahr geht's weiter!

*Tanja Junkers, Duisburg*



Fotos: Fritz Junkers

# Demokratie in Bewegung

Drei Tage, rund 400 Delegierte, eine Messehalle voller Debatten und eine geplante Kursbestimmung: Der Gewerkschaftstag der GEW NRW in der Messe Essen war mehr als nur eine Versammlung. Unter dem Motto Demokratie: Bildung bleibt stabil! wurde sichtbar, wie die GEW NRW Bildungs- und Arbeitswelten in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Umbrüche denkt und gestaltet.

Spannung, Kontroversen, Konsense – das charakterisierte die Debatten der vielen Anträge rund um zentrale Themen wie Bildung in Verantwortung stärken, Tarifpolitik, Inklusion, Lehrermangel, Militarisierung der Bildung sowie notwendige Satzungsänderungen. Leider fand der satzungsändernde Antrag des Ausschusses für Ruheständler\*innen auf Umbenennung in „Ausschuss 60 plus“ keine 2/3-Mehrheit – der Ausschuss hätte seine inhaltliche Ausrichtung gerne auf die aktiven Senior\*innen ausgeweitet.

Im Zentrum der Antragsberatung stand die Frage, wie Bildung demokratisch verantwortungsvoll gestaltet werden kann. In den Debatten ging es darum, Demokratie zu stärken, Bildung stärker in Verantwortung zu verankern, Lehrkräfte zu stärken, den Lehrermangel zu beheben und die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Bildung stabil bleibt – auch in politischen turbulenten Zeiten. Die Teilnehmenden betonten die Bedeutung von inklusiver Bildung, gerechten Tarifen und fairen Arbeitsbedingungen, um Schule als verlässlichen Ort des Lernens und der persönlichen Entfaltung zu sichern.

Eine zentrale Botschaft des Treffens war, Bildungspolitik offensiv zu gestalten – ohne Stillstand. Dabei kamen jedoch eine erfolgversprechende, gewerkschaftspolitische Umsetzungsstrategie deutlich zu kurz. Die Debatte über die Militarisierung der Bildung sorgte für hitzige, teils kontroverse, Auseinandersetzungen, zeigte aber auch den Willen, klare Grenzen zu ziehen, um demokratische Werte und friedliche Lernumgebungen zu schützen. Mitunter wurden bei den strittigen Debatten klärende und richtungsweisende Beiträge des Vorstandes vermisst.

Mit überwältigenden Mehrheiten erhält der Vorstand der GEW NRW einen neuen Geschäftsführenden Ausschuss: Ayla Celik führt weiterhin die GEW NRW als Vorsitzende mit starkem Rückhalt, unterstützt von der stellvertretenden Vorsitzenden Caroline Lensing. Auch der stellvertretende Vorsitzende Stephan Osterhage-Klingler sowie der Kassierer Christian Peters



wurden ebenfalls mit großer Zustimmung bestätigt. Die Wiederwahl spiegelt Vertrauen und die Erwartung wider, Bildungs- und Arbeitskämpfe konsequent fortzuführen.

Besonders bewegend war die persönliche und emotionale Rede der Vorsitzenden Ayla Celik vor ihrer Wahl. Ihre Worte trafen viele Anwesende und erhielten langanhaltenden Applaus.

Die Rede der NRW-Ministerin für Schule und Bildung, Dorothee Feller, hingegen fand erwartungsgemäß weniger Zustimmung. Die Debatte zeigte jedoch auch, wie lebendig das Spannungsfeld zwischen politischer Richtung und gewerkschaftlicher Forderung sein kann.

Für Maike Finnern, die Bundesvorsitzende, war der Auftritt in Essen fast ein Heimspiel: Als NRW-Mitglied, die hier selbst als Vorsitzende gewirkt hat, konnte sie die Bühne nutzen, um kämpferisch für zentrale Anliegen der GEW auf Bundesebene zu argumentieren. Ihr Beitrag setzte klare Zeichen, wo die Gewerkschaft bundesweit Prioritäten setzt, ohne die regionalen Perspektiven in NRW aus den Augen zu verlieren.

Mit langanhaltendem Beifall bedankten sich die Delegierten bei dem Präsidium, der Antragsberatungskommission und dem Wahlausschuss für die im Ganzen gelungene Leitung des Gewerkschaftstages. Auch die vielen Beschäftigten der GEW NRW, die im Hintergrund Vorbereitung und Durchführung organisierten, wurde mit viel Beifall bedacht.

Der Gewerkschaftstag endete mit einer deutlichen Botschaft: Demokratie braucht Bildung, Bildung braucht Stabilität – und die GEW NRW muss künftig mit dafür sorgen, dass beides miteinander wächst.

*Fritz Junkers (mit KI Unterstützung)*



Vor Ort aus Bergisch-Köln-Leverkusen

## Gemeinschaftlich wohnen – ein Modell mit Zukunft

Ruheständler\*innen der GEW Bergisch-Köln-Leverkusen waren zu einer Veranstaltung in den Gemeinschaftsraum des Mehrgenerationenhauses WohnBunt in Köln eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie gemeinschaftliches Wohnen heute gelingen kann und welche Chancen diese Wohnform für unterschiedliche Generationen bietet.

Als Referentin stellte Sabine Seitz, zuständig für neue Wohnformen bei der GAG Immobilien AG, verschiedene Modelle gemeinschaftlichen Wohnens vor. Dazu zählen Projekte für Jung und Alt, inklusive Wohnformen mit und ohne Behinderung, multikulturelle Hausgemeinschaften sowie Demenz-Wohngemeinschaften, die selbstverantwortet durch Angehörige organisiert werden.



Grafik: Detlef Weber

Deutlich wurde: Gemeinschaftliches Wohnen ist vielfältig und kann an sehr unterschiedliche Lebenslagen angepasst werden.

Sabine Seitz erläuterte zudem die Rolle der GAG Immobilien AG bei der Entstehung solcher Wohnprojekte. Das Wohnungsunternehmen sorgt für die notwendigen Rahmenbedingungen. Dazu gehören der Bau eines geeigneten Hauses mit einer Mischung aus preisgebundenen und freifinanzierten Wohnungen, die Sicherstellung der Förderung eines preisgebundenen Gemeinschaftsraumes, der Abschluss eines Kooperationsvertrags mit dem Bewohnerverein sowie die Bereitstellung einer Moderation für die Projektentwicklung.

Als wichtige Aspekte für ein Gelingen gemeinschaftlicher Wohnprojekte nannte sie ein gemeinsames Ziel für das Zusammenleben sowie einen starken Vorstand des Bewohnervereins mit engagierten „Macher\*innen“.

Einen lebendigen Einblick in die Praxis gaben anschließend zwei Bewohner\*innen des Mehrgenerationenhauses WohnBunt: Jonas Thiele-Lemmer und Gudrun Müller-Reiners. Als Vertreter\*innen der jungen und der älteren Generation – und beide Mitglieder der GEW – berichteten sie über die Entstehungsgeschichte des Projekts, das zugrunde liegende Wohnkonzept und ihre Erfahrungen nach einem Jahr gemeinsamen Zusammenlebens.

Das Projekt entstand ursprünglich aus einem Freundeskreis und wurde in langjähriger Vorarbeit weiterentwickelt. Zentrale Schwerpunkte des Konzepts sind wechselseitige Unterstützung, das bewusste Austarieren von Nähe und Distanz, Jung und Alt sowie Gemeinschaft und Individualität. Hinzu kommen gemeinschaftliche hausinterne Aktivitäten, Nachbarschaftskontakte und aktive Quartiersarbeit sowie die Werbung für gemeinschaftliche Wohnprojekte.

Nach der langen Vorbereitungsphase – mit Vereinsgründung, Haussuche und Kooperation mit der GAG – ziehen Jonas Thiele-Lemmer und Gudrun Müller-Reiners ein überwiegend



positives Resümee nach dem ersten Jahr des Zusammenlebens. Es gab viele schöne gemeinsame Momente wie etwa Frühstücke, Gartenfeste sowie Spiel- und Filmabende. Kinder finden sowohl im Gemeinschaftsraum als auch auf dem Spielplatz im Garten Raum zum gemeinsamen Spielen.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass gemeinschaftliches Wohnen ein fortlaufender Prozess ist. Das Miteinander muss stetig weiterentwickelt werden, und ein angemessener Umgang mit

Spannungen und Konflikten will gemeinsam erlernt und erarbeitet sein.

Das Projekt WohnBunt zeigt, dass solidarische Wohnformen mehr sein können als ein Dach über dem Kopf – sie schaffen Begegnung, stärken den Zusammenhalt über Generationen hinweg und leisten einen wichtigen Beitrag zu einem lebendigen und sozialen Quartier.

*Maria Backhaus / Gudrun Müller-Reiners*

## Vor Ort aus dem Kreis Lippe

# Das älteste GEW Mitglied im Kreis Lippe wird am 23.2.26 100 Jahre alt.

Der 23.2.2026 ist ein regnerischer Tag, als die Seniorenbeauftragten des Kreises Lippe dem 100 Jährigen einen Präsentkorb und einen Blumenstrauß überreichen, verbunden mit den besten Wünschen zum 100. Geburtstag.

Die Liebe zur Musik und zur Natur, Wandern, Radfahren, Reisen, politische und gewerkschaftliche Aktivitäten haben den 100 Jährigen fit gehalten.

Friedrich (Friedel) Wehrbein wurde am 23.2.1926 in Schwelentrup im Kreis Lippe geboren. Während der Kriegsjahre absolvierte er ein Notabitur, wurde eingezogen und konnte zum Kriegsende vor der Gefangenschaft aus Ungarn durch Wälder nach Hause entkommen.

Da das Notabitur nicht anerkannt wurde, musste er einige Abiturarbeiten nachschreiben und konnte dann im Lehrerseminar in Detmold seine Lehrerausbildung beginnen.

1949 arbeitete er als APL Lehrer (außerplanmäßiger Lehrer), die zweite Prüfung konnte er erst vier bis fünf Jahre später ablegen.

Am 18.4.1950 begann er als Junglehrer an der Volksschule in Lothe, er verdiente damals 180 DM.

Durch seinen damaligen Schulleiter (Hauptlehrer) bekam er Kontakt zur GEW. Er wurde zu der, wie er sagt, sehr aktiven und interessanten „Lehrerkonferenz“ in Nessenberg geschickt. Damals kämpfte die GEW um gleiche Bezahlung für Frauen und Männer, Verlängerung der Studienzeit auf 6 Semester, gegen den starken Einfluss der Kirchen (Konfessionsschulen).



1955 kam Friedel Wehrbein nach Barntrup und damit zur „Lehrerkonferenz“ Farmbeck, gegründet 1878. Dort wurde einmal im Monat getagt, mit einem gewerkschaftlichen und einem pädagogischen Thema. Friedel war 18 Jahre der Vorsitzende des OV Farmbeck und nahm als Delegierter auch an den Landesvertreterversammlungen im Ruhrgebiet oder im Rheinland teil.

2025 wurde Friedel Wehrbein für seine 75-jährige GEW Mitgliedschaft geehrt. Bis heute zeigt er großes Interesse an der GEW. Im Jahr 2004 hat er in dem Projekt "Biografische Erzählungen von Seniorinnen und Senioren der GEW Lippe" mit 4 weiteren Pensionären seinen Werdegang zu Papier gebracht.

*Gerlinde Wasserbauer-Cruel*



## EinBlick in die Kulissen im LVR-Museum Bonn



Am 10. März 2026 traf sich eine Gruppe von knapp 40 Kölner GEW-lern aus den ‚Aktiven RuheständlerInnen‘ zum Besuch im Bonner LVR-Museum. In verschiedenen Konstellationen gab es für und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr unterschiedlich anregende Eindrücke, wie eng künstlerische Arbeit mit dem alltäglichen Leben verbunden sind.

Mittags erlebten wir in einer umfassenden Museumsführung die Sonderausstellung ‚Schöne neue Arbeitswelt – Traum oder Trauma‘, hier in unterschiedlichen Perspektiven auf die Arbeits-situationen seit 1920 – sichtbar über in Fotoserien festgehaltenen Gesichtern, den Arbeitskleidungen als Identitätsstiftendes Erkennungszeichen und in Kunstwerken der zeitgenössischen Maler zu früheren (körperlich z.T. anstrengenden) Arbeitssituationen, in Wohnsiedlungen (bekannt v.a. Bayer Leverkusen) und Freizeitgestaltung.

In der Ausstellung konnten wir die zunächst ‚Neue Sachlichkeit‘ bei Malerei/Fotografie, dann aber im Verlauf der 30er Jahre die propagandistische Nutzung dieser Darstellungen nachvollziehen. Mit der Nachkriegszeit stand Taktung und Erfassung von Arbeitsleistung in der Aufmerksamkeit, im echten Leben und entsprechend in der künstlerischen Bearbeitung.

Blick zurück und nach vorne: Was sagt uns dies für die aktuellen Themen in der Berufstätigkeit?

Die Sonderausstellung stupste dann (es gibt einzelnen Diskurs-Flächen mit Rückmeldungen) jeden Besucher in Auseinandersetzungen: Für und Wider bei Individualisierung der Arbeitsbedingungen und Zeitgestaltung – ebenso zur Nutzung neuer digital/technischer Möglichkeiten (Mensch-Maschine) im Arbeitsprozess und im Lebensalltag – wie gehen wir in Zukunft damit um?

Anschließend blieben viele GEW-Kolleginnen und Kollegen noch intensiv im Gespräch beim gemeinsamen Plausch im dazu gehörigen Restaurant oder nutzten einen zweiten individuellen Durchgang für die Ausstellung.

Nachmittags sammelte sich eine kleinere Gruppe für ein besonderes Angebot des LVR-Museums – ein Blick hinter die Kulissen der Restaurierungswerkstatt. – das LVR-Museum setzt seinen Auftrag als Denkmalschutz- und Forschungseinrichtung im Rheinland sehr vielfältig um. Wir durften reinschnuppern, wie in der Werkstatt ein römisches Mosaik wiederhergestellt werden kann über viele Teil-Arbeitsschritte, digital unterstützt. Sehr beeindruckt waren alle von der Geduld und dem Durchhaltevermögen bei solchen Vorhaben - weit mehr als jeder Puzzle-begeisterte Teilnehmer dies kennt. Wir wurden entlang der Arbeitsstationen im Werkstattbereich durch Stockwerke bis in den Keller geleitet und erfuhren jeweils von den Expertinnen und Experten, wie konkret ‚alte‘ Kunstwerke in der Malerei wie Glasfragmente aus römischen Vasen/Gläsern oder Wandbilder ‚alter‘ Fresken, die bei



Ausgrabungen (wir leben ja schließlich auf ‚RÖMISCHEM Untergrund‘ im Rheinland) wieder hergestellt werden. Anlässlich eines Bauvorhabens (Bonn-Castell) hat das LVR-Museum 300 Kisten an Fragmenten ausgebuddelt und mitgenommen zur Wiederherstellung, das dauert noch ein bisschen. Neben der Faszination zu Arbeitsabläufen (und dies unter möglichst ‚gesunden‘ Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden) entspann sich eine Diskussion zum Warum – angesichts solch langwieriger Arbeitsprozesse mit viel Ressourcen?

Die Leiterin Ute Knipprath erläuterte – neben dem Auftrag= Verpflichtung zu Denkmalschutz und Forschung – das Anliegen, angesichts von zunehmenden Fake-News und Scheinwelten für die nächsten Generationen ‚echte‘ authentische Infos zu dokumentieren aus der Rheinland-Geschichte. Die Runde unserer GEW-ler bedankte sich begeistert für diese besondere Führung hinter die Kulissen.

Das LVR-Museum bietet diese Werkstatt-Besuche jährlich am 3. Wochenende im Oktober an (kostenfrei, digital bitte vorab melden angesichts hoher Resonanz).

*Nanny Gatzzen-Statder, Köln*



Foto: Renate Bonow

## 40 Jahre Schulbesetzung an der Gesamtschule Bonn-Beuel

# Nicht vergleichbar? Nur scheinbar.

Vor 40 Jahren führten arbeitslose Lehrer\*innen und Lehramtsanwärter\*innen an der Gesamtschule Bonn Beuel eine „Schulbesetzung“ durch. Vergleichbare begrenzte Regelverletzungen gab es auch in Münster und anderen Bundesländern, später zudem eine „Besetzung“ der SPD-Parteizentrale. Das Jubiläum kann Anlass sein, sich an damalige Themen und Aktionsformen zu erinnern.

Der 27. Februar 1986 war an der Gesamtschule Bonn-Beuel kein normaler Schultag. 700 arbeitslose Lehrer\*innen und Lehramtsanwärter\*innen „besetzten“ medienwirksam die Schule, berichteten über ihre Situation und den gesellschaftlichen Skandal der in den 80er Jahren allgemein stark steigenden Arbeitslosigkeit im Unterricht und gestalteten Unterricht in anderer Form. Unterstützt wurde die Aktion von der GEW-Betriebsgruppe, die auch die Schulleitung „eingebunden“ hatte.



## Arbeitslosigkeit und Sparpolitik der 80er Jahre

Angesichts des derzeit eklatanten Mangels an Lehrer\*innen und der großen Zahl nicht beetzbarer Stellen ist die damalige Situation kaum mehr vorstellbar. Dramatisch steigende Zahlen arbeitsloser Lehrer\*innen prägten die Zeit ab 1982. Der „Schweinezyklus“ mit stets periodisch wechselndem Lehrerüberhang und Lehrermangel lässt grüßen. Für die gewerkschaftliche Strategie war die IG Metall richtungsweisend; sie setzte auf Arbeitszeitverkürzung und gab die 35-Stunden Woche als tarifpolitisches Ziel aus. Obwohl dieses Vorgehen auf Lehrer\*innen im öffentlichen Dienst nicht direkt übertragbar war und ist, setzte auch die GEW darauf.

Die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Lehrer\*innen und Lehramtsanwärter\*innen versuchten, in der GEW Arbeitslosenarbeit zu verankern. Arbeitskreise bildeten sich und nahmen Einfluss vor Ort und auf Landesebene. Sie unterstützten gewerkschaftliche Aktionen und führten eigene durch (z.B. Bus-touren oder Fahrradaktionen). Später bildeten sich Selbsthilfefprojekte, die mit öffentlich finanzierter Bildungsarbeit Jobs für arbeitslose Lehrer\*innen schufen.



### Arbeitslose Lehrer besetzten Bonner Gesamtschule

## „Regelverletzung“ erhöht Druck auf Bildungspolitiker

### Initiatoren hoffen auf Signalwirkung

Den 27. Februar werden die 1200 Schüler der Gesamtschule Bonn-Beuel so schnell nicht vergessen: Über 700 arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer sowie Lehramtsanwärter besetzten das Gebäude an der Siegburger Straße und übernahmen den Unterricht. Damit protestierten erstmals in der Bundesrepublik arbeitslose Pädagogen in Form einer „begrenzten Regelverletzung“ gegen die Bildungspolitik von Bundes- und Landesregierung.

Thema der Arbeitslosen waren natürlich auch der Service der GEW. Ein hauptamtlich besetztes „Sekretariat arbeitsloser Pädagog\*innen“ in der Landesgeschäftsstelle der GEW NRW sollte nach längerer interner Diskussion auf der Landesvertreterversammlung, dem damaligen Gewerkschaftstag, im März 1986 durchgesetzt werden. Nicht zuletzt daran orientierte sich die Terminplanung der Aktion in Bonn. Der öffentliche Druck sollte auch intern wirken. Das gelang. Die Delegierten votierten für die Einrichtung des Sekretariats, das 1987 nach internem Streit um seine Ausgestaltung seine Arbeit aufnahm.

Die Besetzung in Bonn Beuel war eine gemeinsame Aktion von Arbeitskreisen arbeitsloser Lehrer\*innen, dem Ausschuss junger Lehrer\*innen und Erzieher\*innen und der Landesvereinigung der Lehramtsanwärter\*innen. Die damalige Mitgliederzeitschrift der GEW NRW, die Neue Deutsche Schule, berichtete unter der Überschrift „Arbeitslose Lehrer besetzten Bonner Gesamtschule – ‚Regelverletzung‘ erhöht Druck auf Bildungspolitiker“. Die Delegierten der Landesvertreterversammlung beschlossen: „Um den Skandal der Arbeitslosigkeit anzuprangern, sind spektakuläre Aktionen nicht nur legitim, sondern auch geboten, selbst und gerade dann, wenn sie als Regelverletzungen bezeichnet werden.“ Sie begrüßten „die gewählte Aktionsform und unterstützen die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen“.

Anders natürlich die Schulaufsicht. Ein Schnellbrief der Bezirksregierung Köln an die Studienseminare wies am 21. Februar 1986 zwar noch darauf hin, dass die Teilnahme an außerdienstlichen Veranstaltungen in Gebäuden ohne die Zustimmung dessen, der dort über das Hausrecht verfügt, den „strafrechtlichen Tatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllt“. Sollten Teilnehmer\*innen an Aktionen unerlaubt dem Dienst fernbleiben, so sei man gehalten, „den Verlust der Bezüge festzustellen“. Offenbar verfiel dieser Versuch der Einschüchterung nicht.



Die Aktion hatte auch ein parlamentarisches Nachspiel. Drei CDU-Abgeordnete fragten, „welche Konsequenzen die Landesregierung aus dem in erschreckendem Maße von den gesetzlichen Vorschriften des Schulordnungsgesetzes abweichenden Verhalten des Schulleiters der Gesamtschule Bonn-Beuel zu ziehen gedenkt“. Vermutlich hielten diese Abgeordneten einen Polizeieinsatz während der Besetzung für adäquat. Die GEW zeigte sich solidarisch mit dem Schulleiter und wies darauf hin, dass die Aktion Unterricht in besonderer Form gewesen sei und Arbeitslosigkeit selbstverständlich in der Schule thematisiert werden müsse. Auch der Kultusminister stellte sich in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage ausdrücklich hinter das Verhalten des Schulleiters. Die Aktion blieb für ihn ohne negative Folgen.

Bei der zwei Jahre später am 13. November 1988 durchgeführten Schulbesetzung an der Grundschule Berg Fidel in Münster kam es dann übrigens zu einer – für die Betroffenen folgenlosen – Strafanzeige, denn die Schulverwaltung meinte, so gegen die Besetzer\*innen vorgehen zu müssen.

## Die Landespolitik der 80er Jahre

Nicht nur der Arbeitsmarkt auch die landespolitische Lage der 80er Jahre ist heute kaum mehr vorstellbar. 1980 und 1985 erhielt die SPD in NRW jeweils die absolute Mehrheit, 1985 mit heute für keine Partei mehr vorstellbaren 52,1 %. Die Wählerinnen und Wähler votierten für die Sozialdemokraten obwohl staatliche Sparpolitik vorherrschte und bildungspolitischer Reformeifer erlahmt war. Fast jährliche Haushaltsaktionen der GEW NRW richteten sich daher gegen eine sozialdemokratische Alleinregierung und die Partei.

Arbeitslose Lehrer\*innen und Lehramtsanwärter\*innen hielten es daher für richtig, Aktionen an die SPD zu adressieren und fassten 1987 der Plan der „Besetzung“ der Landesgeschäftsstelle der SPD in Düsseldorf. Diese Aktion hatte kein parlamentarisches aber sehr wohl ein politisch relevantes Nachspiel. Bodo Hombach, damaliger Landesgeschäftsführer der SPD und Architekt der Wahlkämpfe der Jahre 1980 und 1985 trat begründet mit der „Besetzung“ aus der GEW aus und in die IGBCE ein. Die NRZ titelte „Hombach wird Kumpel“.

## Ist heute alles anders?

Der Lehrerarbeitsmarkt, die Landespolitik und die gewerkschaftlichen Aktionsformen der 80er Jahre und von heute unterscheiden sich grundlegend. Gute Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeit und bessere Bezahlung müssen aber stets erstritten werden.

In der 80er Jahren gab es heftige Debatten über den vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung. 1986 diskutierte die GEW NRW über einen „Anstoß für eine neue Solidarität“. Unbewiesen wurde dort behauptet, der Verzicht auf den vollen Lohnausgleich wäre als Solidaritätsbeitrag der Beschäftigten ein Beitrag zur Verringerung der Lehrerarbeitslosigkeit. Daran erinnert die heutige Argumentation in Tarif- und Besoldungsrunden, die Interessen von Tarifbeschäftigten und Beamte\*innen seien gegensätzlich oder in Tarifeinverständnissen erkämpfte Einkommensverbesserungen stünden den Beamte\*innen nicht oder nur teilweise zu. Damals wie heute ist es nicht hilfreich, die gegeneinander zu stellen, die gemeinsam von Sparpolitik öffentlicher Arbeitgeber betroffen sind.

## Eine Regelverletzung und ihre Folgen

Waren die Aktionen „damals“ erfolgreich? Bewirkten sie eine andere Politik? Falsche Frage. Sie waren in einem anderen politischen Klima notwendiges Mittel, auf den Skandal der dramatischen Lehrerarbeitslosigkeit aufmerksam zu machen. Das Thema war und blieb gesetzt.

Und welche Folgen hatte die Aktion für die Organisatoren und die Besetzer\*innen? Keine negativen. Nicht alle, aber die meisten, fanden den Weg in den öffentlichen Schuldienst. Sie wurden Lehrer\*innen oder machten in der Schule Karriere als Schulleiter\*innen oder gar als Beschäftigte in der Schulaufsicht. Andere arbeiteten hauptamtlich in Politik oder Gewerkschaft. Irgendwie tröstlich, dass Kreativität und Regelverletzung nicht schaden.

*Michael Schulte*





# Demokratiebildung braucht mehr als gute Slogans

Mit der Kampagne „Bildung bleibt stabil“ setzt die GEW NRW ein wichtiges Zeichen. Nach dem Auftakt auf der Didacta und Aktionen vor dem Landtag soll die Kampagne bis zu den Landtagswahlen durchs Land getragen werden. Im Mittelpunkt stehen Demokratiebildung, der Schutz von Beschäftigten vor rechten Angriffen sowie der Einsatz gegen Rassismus und Diskriminierung.

Doch viele Kolleg\*innen in Schulen und Bildungseinrichtungen werden beim Begriff „Stabilität“ vermutlich zunächst an etwas anderes denken: an ein Bildungssystem im Dauerkrisenmodus. Personalmangel, Überlastung, soziale Spaltung, zunehmender politischer Druck – all das prägt den Alltag. Die Debatten der vergangenen Jahre kreisten selten um Stabilität, sondern meist um die Frage, wie tief die Krise bereits reicht.

Gerade deshalb ist es richtig, dass die GEW das Thema Demokratiebildung in den Mittelpunkt rückt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihre „Mitte-Studie 2024/25“ zeigen deutlich, wie wichtig Bildungsinstitutionen für die demokratische Kultur sind. Die Studie macht aber auch sichtbar, dass autoritäre Einstellungen keineswegs nur außerhalb der Schulen existieren. Bildung wirkt zwar grundsätzlich demokratie-stärkend, gleichzeitig finden sich im Bildungsbereich jedoch weiterhin leistungsorientierte und autoritäre Denkmuster.

Besonders alarmierend ist ein Befund der Studie: Rund 40 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, Schulen sollten vor allem „Disziplin und Gehorsam“ vermitteln. Solche autoritären Bildungsvorstellungen korrelieren stark mit antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen. Schule wird dabei nicht als Ort demokratischer Teilhabe verstanden, sondern als Institution der Ordnung, Konkurrenz und Leistungsdisziplin.

Damit verweist die Studie auf einen Widerspruch, der auch für Gewerkschaften im Bildungsbereich relevant ist: Leistungsdruck, Selektion und soziale Ungleichheit sind strukturelle Bestandteile unseres Bildungssystems. Viele Beschäftigte erleben diese Verhältnisse täglich – manche akzeptieren sie notgedrungen, andere verteidigen sie als notwendige Grundlage schulischer Leistung. Genau hier müsste gewerkschaftliche Bildungsarbeit ansetzen.

Denn Demokratiebildung erschöpft sich nicht in Projekttagen oder Appellen gegen Extremismus. Sie beginnt bei den konkreten

Arbeits- und Lernbedingungen in Schulen und Kitas. Wer demokratische Bildung ernst meint, muss auch über Leistungsdruck, soziale Auslese und Hierarchien im Bildungssystem sprechen.

Die Kampagne der GEW thematisiert zudem Angriffe von rechts auf Schulen und Beschäftigte – etwa über Forderungen nach angeblicher „Neutralität“ im Unterricht oder Einschüchterungsversuche gegen Lehrkräfte. Gerade in Regionen mit hoher AfD-Zustimmung berichten Kolleg\*innen zunehmend von Beschwerden, Drohungen und organisiertem Druck durch rechte Akteure und Elterninitiativen. Es ist wichtig, dass die GEW hier Schutz und Unterstützung organisiert und einer Normalisierung rechter Positionen im Schulalltag entgegentritt.

Doch auch beim Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung braucht es einen erweiterten Blick. Zu oft richtet sich der Fokus ausschließlich auf den Klassenraum. Der Rassismusforscher Karim Fereidooni formulierte es bei einer Veranstaltung der GEW Dortmund bereits vor Jahren treffend: „Ich möchte nicht über Rassismus im Klassenzimmer reden, sondern über Rassismus im Lehrerzimmer.“

Gemeint ist dabei nicht nur offener rechter Extremismus. Es geht um strukturellen Rassismus – also um Denkweisen, Routinen und institutionelle Mechanismen, die gesellschaftliche Ungleichheiten reproduzieren. Schulen sind davon nicht ausgenommen.

Fereidooni schildert etwa Erfahrungen aus seinem Referendariat, in denen rassistisch-kritische Einwände gegen stereotype Zuschreibungen gegenüber Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte nicht ernst genommen wurden, er sich sogar für seine Kritik bei seinem Fachleiter entschuldigen musste. Solche Situationen werfen auch gewerkschaftliche Fragen auf: Wie reagieren Personalräte, wenn sie bei solchen Dienstgesprächen einbezogen sind? Wie handeln Schulleitungen und Lehrerräte, wenn dies an der Schule aufplopt? Welche Unterstützung erhalten Betroffene tatsächlich, auch von ihrer Gewerkschaft?

Gerade hier zeigen sich blinde Flecken. In vielen gewerkschaftlichen Fortbildungsangeboten spielen struktureller Rassismus, Diskriminierung oder Antisemitismus bislang nur eine untergeordnete Rolle. Dabei wären genau diese Themen zentral, wenn Demokratiebildung mehr sein soll als ein symbolisches Bekenntnis.

Auch der Blick in die eigene Organisation wäre notwendig. Der Soziologe Klaus Dörre untersucht seit Jahren den Zuspruch zur AfD unter Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten. Zwar zeigen Studien, dass Lehrkräfte deutlich seltener AfD wählen als andere Berufsgruppen. Doch der gesellschaftliche Rechtsruck macht auch vor Schulen und Bildungseinrichtungen nicht halt.

Für die GEW ergibt sich daraus eine klare Aufgabe: politische Bildungsarbeit wieder stärker als gewerkschaftliche Kernaufgabe zu begreifen. Demokratie muss im Arbeitsalltag erfahrbar werden – durch Mitbestimmung, Solidarität und den Kampf gegen Diskriminierung ebenso wie durch bessere Arbeitsbedingungen und mehr Bildungsgerechtigkeit.

Eine Kampagne allein wird die Krise des Bildungssystems nicht lösen. Aber sie könnte ein Ausgangspunkt sein, um grundlegende Fragen wieder offensiver zu stellen: Wem dient Bildung? Wer wird ausgeschlossen? Und wie kann Schule tatsächlich zu einem demokratischen Ort werden?

Oder, um eine alte gewerkschaftliche Forderung neu zu formulieren: Bildung gehört endlich vom Kopf auf die Füße gestellt.

*Volker Maibaum, Dortmund  
(in Zusammenarbeit mit einer KI)*

#### Quellen:

<https://www.fes.de/mitte-studie/news-seite>

<https://www.karim-fereidooni.de/>

<https://youtu.be/JOTvJC3NSAQ?si=3ifAOsQrZA3hXyZ5>

<https://klaus-doerre.de>

[https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-26423-9?utm\\_source=chatgpt.com](https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-26423-9?utm_source=chatgpt.com)

## Wissenswertes zur Pflegeversicherung

# Absicherung durch die Pflegeversicherung für Angestellte – Teil 2

### Was ist die Pflegeversicherung?

Die Pflegeversicherung wurde am 1. Januar 1995 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Es gilt eine umfassende Versicherungspflicht für alle gesetzlich und privat Versicherten. Alle, die gesetzlich krankenversichert sind, sind automatisch in der sozialen Pflegeversicherung versichert. Privat Krankenversicherte müssen eine private Pflege-Pflichtversicherung abschließen.

Ob Angestellte in der Schule sich privat oder gesetzlich versichern können, hängt von ihrem Bruttoeinkommen ab. Angestellte Lehrkräfte können erst dann in die private Krankenversicherung wechseln, wenn das Einkommen mindestens ein Jahr über der Jahresarbeitsentgeltgrenze (JAEG) gelegen hat (2026: 77.400 Euro brutto im Jahr; monatlich 6.450 Euro) Alle anderen bleiben in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig.

Damit stehen die angestellten Lehrkräfte bzw. pädagogisch Beschäftigten in Schule vor dem gleichen Problem wie alle anderen Pflegepflichtversicherten: Die gesetzliche Pflegepflichtversiche-



Abbildung: AdobeStock

rung ist nur als Teil-Kasko Lösung konzipiert und trägt damit auch nur einen Teil der hohen Pflegekosten.

## Wie hoch ist der Beitrag?

Der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung (PV) liegt 2026 bei 3,6 Prozent. Da der PV-Beitrag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte getragen wird, zahlen beide jeweils 1,8 Prozent des Grundbetrags.

Hinzu kommt der Beitragszuschlag in Höhe von 0,6 Prozent für Beschäftigte, die keine Kinder haben und 23 Jahre alt oder älter sind. Den Beitragszuschlag zahlen die Beschäftigten allein. Für kinderreiche Familien gibt es gestaffelt nach der Kinderzahl geringere Beiträge.

Rentner\*innen tragen die Pflegeversicherung allein. Sie wird auch auf weitere Renten wie Witwen-/Witwerente erhoben.

## Was passiert, wenn angestellte Beschäftigte – im Schulbereich – pflegebedürftig werden?

Grundsätzlich kann Pflegebedürftigkeit in allen Lebensabschnitten auftreten. Nach der Definition des Gesetzes gelten Personen als pflegebedürftig, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Die Pflegebedürftigkeit muss auf Dauer – voraussichtlich für mindestens sechs Monate – und mit mindestens der in § 15 SGB XI festgelegten Schwere bestehen.

Es gibt fünf Pflegegrade. Sie sind abgestuft: von geringen Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten (Pflegegrad 1) bis zu schwersten Beeinträchtigungen, die mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung einhergehen (Pflegegrad 5).

Die Einschätzung der Pflegebedürftigkeit und zur Einstufung in einen Pflegegrad wird begutachtet vom Medizinischen Dienst der Krankenkasse (MDK). Das Begutachtungsinstrument orientiert sich an Fragen wie: Was kann die oder der Pflegebedürftige im Alltag allein leisten? Welche Fähigkeiten sind noch vorhanden? Wie selbstständig ist die Person? Wobei benötigt sie oder er Hilfe?

## Welche Pflegeversicherungsleistungen gibt es?

### 1. Pflegegeld für häusliche Pflege

Voraussetzung für den Bezug von Pflegegeld ist, dass die häusliche Pflege in geeigneter Weise selbst sichergestellt ist, zum

Beispiel durch Angehörige oder andere ehrenamtlich tätige Pflegepersonen, und mindestens Pflegegrad 2 vorliegt. Das Pflegegeld wird der pflegebedürftigen Person von der Pflegekasse überwiesen. Diese kann über die Verwendung des Pflegegeldes frei verfügen und gibt das Pflegegeld in der Regel an die sie versorgenden und betreuenden Personen als Anerkennung weiter. Das Pflegegeld kann auch mit ambulanten Pflegesachleistungen kombiniert werden.

| Pflegebedürftigkeit | Leistungen/Monat |
|---------------------|------------------|
| Pflegegrad 2        | 347 Euro         |
| Pflegegrad 3        | 599 Euro         |
| Pflegegrad 4        | 800 Euro         |
| Pflegegrad 5        | 990 Euro         |

### 2. Ambulanter Pflegedienst

Der ambulante Pflegedienst unterstützt Pflegebedürftige und ihre Angehörigen bei der Pflege zu Hause. Er bietet Familien Unterstützung und Hilfe im Alltag, damit pflegende Angehörige zum Beispiel Beruf und Pflege sowie Betreuung besser organisieren können.

| Pflegebedürftigkeit | Leistungen/Monat |
|---------------------|------------------|
| Pflegegrad 2        | 796 Euro         |
| Pflegegrad 3        | 1497 Euro        |
| Pflegegrad 4        | 1859 Euro        |
| Pflegegrad 5        | 2299 Euro        |

### 3. Zuschüsse zur Wohnungsanpassung; Pflege-wohngemeinschaften

Die Pflegekasse kann für Pflegebedürftige der Pflegegrade 1 bis 5 auf Antrag bis zu 4.180 Euro als Zuschuss für Anpassungsmaßnahmen zahlen, die die häusliche Pflege in der Wohnung ermöglichen, erheblich erleichtern oder eine möglichst selbstständige Lebensführung der pflegebedürftigen Person wiederherstellen. Pflegewohngemeinschaften werden als Alternative unter bestimmten Voraussetzungen gefördert

### 4. Kosten der Pflegehilfsmittel

Die Kosten werden von der Pflegeversicherung übernommen, wenn das beantragte Pflegehilfsmittel dazu beiträgt, die Pflege zu erleichtern oder Beschwerden zu lindern oder dem Pflegebedürftigen eine selbstständigere Lebensführung zu ermöglichen. Zudem darf keine Leistungsverpflichtung der Krankenkasse bestehen.



## 5. Digitale Pflegeanwendungen und ergänzende Unterstützungsleistungen

Pflegebedürftige, die in der eigenen Häuslichkeit leben, haben einen Leistungsanspruch auf Versorgung mit digitalen Pflegeanwendungen (DiPA) und ergänzenden Unterstützungsleistungen in Höhe von bis zu insgesamt 53 Euro monatlich.

## 6. Leistungen für den Pflegegrad 1

Im Pflegegrad 1 werden Menschen eingestuft, die nur verhältnismäßig geringe Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen. Dies betrifft zum Beispiel Menschen mit geringen körperlichen Beeinträchtigungen aufgrund von Wirbelsäulen- oder Gelenkerkrankungen. Pflegebedürftige des Pflegegrades 1 haben bei Bedarf Anspruch auf finanzielle Zuschüsse zur Anpassung ihres Wohnumfelds (zum Beispiel zum Einbau einer barrierefreien Dusche) und auf eine Versorgung mit Pflegehilfsmitteln sowie mit digitalen Pflegeanwendungen einschließlich ergänzender Unterstützungsleistungen. Wohnen sie in einer ambulant betreuten Wohngruppe im Sinne des Rechts der Pflegeversicherung, haben sie außerdem Anspruch auf den Wohngruppenzuschlag und gegebenenfalls die Anschubfinanzierung zur Gründung einer ambulant betreuten Wohngruppe.

Darüber hinaus steht auch ihnen bei häuslicher Pflege der Entlastungsbetrag in Höhe von bis zu 131 Euro monatlich zu. Anders als in den Pflegegraden 2 bis 5 kann der Entlastungsbetrag in Pflegegrad 1 auch für Leistungen ambulanter Pflegedienste im Bereich der körperbezogenen Selbstversorgung (das sind bestimmte Leistungen aus dem Bereich der körperbezogenen Pflegemaßnahmen) eingesetzt werden, z.B. Unterstützung beim Duschen oder Baden.

## 7. Vorübergehende vollstationäre Kurzzeitpflege

Viele Pflegebedürftige sind nur für eine begrenzte Zeit auf vollstationäre Pflege angewiesen. Für sie gibt es die Kurzzeitpflege in entsprechenden zugelassenen vollstationären Pflegeeinrichtungen. Als Leistung der Pflegeversicherung kann die Kurzzeitpflege ab dem Pflegegrad 2 in Anspruch genommen werden.

## 8. Teilstationäre Tages- oder Nachtpflege

Die Höhe der Leistung hängt vom Pflegegrad ab. Der Anspruch auf teilstationäre Sachleistungen gilt für Versicherte der Pflegegrade 2 bis 5. Personen des Pflegegrades 1 können ausschließlich den Entlastungsbetrag einsetzen.

## 9. Leistungen bei vollstationärer Pflege

Die Pflegeversicherung zahlt bei vollstationärer Pflege pauschale Leistungen für pflegebedingte Aufwendungen einschließlich der Aufwendungen für Betreuung und die Aufwendungen für Leistungen der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen. Wählen Pflegebedürftige des Pflegegrades 1 vollstationäre Pflege, gewährt ihnen die Pflegeversicherung einen Zuschuss in Höhe von 131 Euro monatlich.

Damit es nicht zu einer Überforderung durch steigende Pflegekosten kommt, zahlt die Pflegeversicherung neben dem nach Pflegegrad differenzierten Leistungsbetrag einen Leistungszuschlag zum pflegebedürftigen Eigenanteil der pflegebedürftigen Person, der mit der Dauer der vollstationären Pflege steigt: im ersten Jahr 15 Prozent des pflegebedingten Eigenanteils, im zweiten Jahr 30 Prozent, im dritten Jahr 50 Prozent und danach 75 Prozent.

| Pflegebedürftigkeit | Leistungen/Monat |
|---------------------|------------------|
| Pflegegrad 2        | 805 Euro         |
| Pflegegrad 3        | 1319 Euro        |
| Pflegegrad 4        | 1855 Euro        |
| Pflegegrad 5        | 2096 Euro        |

### Link:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/online-ratgeber-pflege/leistungen-der-pflegeversicherung/leistungen-im-ueberblick.html>

Ute Lorenz

### Impressum:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Nordrhein-Westfalen, Nünningstraße 11, 45141 Essen

Ausschuss für Ruheständler\*innen: Bernd Bretthauer-Aue, Fritz Junkers, Conny Pätzelt

Redaktion: Fritz Junkers (f.junkers@gmx.de), Tanja Junkers

Ausgabe 1/2026, 6. Jahrgang, Juli 2026, Auflage 11.000

Gestaltung: artsmeetgraphik, Mülheim/Ruhr

Druck: basisdruck GmbH, Essen

Vertrieb: NDS Verlag, Essen, office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen.

Die Zeitung „unruhestand“ erhalten alle Mitglieder der GEW NRW ab 63 Jahre als Beilage zur „lautstark.-Dein Mitglieder magazin“ kostenlos.

Die nächste „unruhestand“ Ausgabe 2. Halbjahr 2026 erscheint mit der lautstark. 4/2026 am 18.12.2026.

# Landesweiter Senior\*innentag

## Montag, den 21. September 2026

**Bochum Hotel Mercure • Massenbergstr. 19-21**  
**44787 Bochum (direkt am Hbf Bochum)**

|                          |                                                                                                                                                                                                                                             |
|--------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Bis 10:30 Uhr</b>     | <b>Anreise und Stehcafé</b>                                                                                                                                                                                                                 |
| <b>10:30 Uhr</b>         | <b>Begrüßung</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Grußworte Stadtverband Bochum</li><li>- Grußworte Ayla Çelik, Landesvorsitzende der GEW NRW</li></ul>                                                                              |
| <b>11:00 - 12:30 Uhr</b> | <b>Erfahrungen in Extremistan – Zwischen Hitzewarnung und Flut</b><br><b>Dr. Karsten Brandt, Bonn</b><br>Experte für Wetter und Klima (NDR2, Phoenix),<br>Gründer von <i>Donnerwetter.de</i> und Buchautor<br><b>Referat und Aussprache</b> |
| <b>12:30 – 13:30 Uhr</b> | <b>Gemeinsames Mittagessen</b>                                                                                                                                                                                                              |
| <b>13:30 – 14:30 Uhr</b> | <b>Bewegte Mittagspause</b><br>Eine Kollegin vom Sportbund Bochum „bewegt“ uns!                                                                                                                                                             |
| <b>14:30 – 15:45 Uhr</b> | <b>Rückbau der sozialen Sicherung in Deutschland, eine Gefahr für die Demokratie?</b><br><b>Dr. Michael Spörke</b> , Abteilungsleiter Sozialpolitik beim Sozialverband Deutschland (SoVD NRW)<br><b>Referat und Aussprache</b>              |
| <b>15:45 Uhr</b>         | <b>Feedback und Verabschiedung</b>                                                                                                                                                                                                          |
| <b>16:00 Uhr</b>         | <b>Ende der Veranstaltung</b>                                                                                                                                                                                                               |

Zu dieser Veranstaltung laden ein das Leitungsteam des Ausschusses für Ruheständler\*innen  
Bernd Bretthauer-Aue, Fritz Junkers, Conny Pätzelt.

Die Anmeldung erfolgt über die Landesgeschäftsstelle der GEW NRW bis zum 14. August 2026.

Fahrtkosten werden nicht erstattet!

Kolleg\*innen, die noch berufstätig sind, können Dienstbefreiung bei der Leitung ihrer Dienststelle beantragen  
für gewerkschaftliche Arbeit.